

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)
– Drucksache 17/1597 –

Vorfälle mit „Horrorclowns“ in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/1597** – vom 15. November 2016 hat folgenden Wortlaut:

Das Phänomen der sogenannten „Horror-“, „Grusel-“, „Monster-“ oder „Killerclowns“ kursiert derzeit in den sozialen Netzwerken. Nachdem in den vergangenen Monaten vereinzelt Berichte aus den USA und England bekannt wurden, nahmen die „Clown-Sichtungen“ auch seit Kurzem in Deutschland zu und verbreiteten sich wie ein Lauffeuer im Netz.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Vorfälle mit sogenannten Killerclowns haben sich in Rheinland-Pfalz ereignet (bitte unter Angabe der jeweiligen Örtlichkeit)?
2. In wie vielen Fällen und wo konnten Tatverdächtige ermittelt werden?
3. In wie vielen Fällen wurde Haftbefehl beantragt und stattgegeben?
4. Wie viele Straf- und Ordnungswidrigkeitsanzeigen wurden erstattet (bitte aufgliedert, welche Straftaten und Ordnungswidrigkeitsanzeigen beanzeigt wurden)?
5. In wie vielen Fällen kam es vorsätzlich zu Falschmeldungen und wie viele Strafanzeigen wegen Vortäuschen einer Straftat nach § 145 d StGB und Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln nach § 145 StGB wurden erstattet?
6. In wie vielen Fällen mussten die Personen, die eine Straftat nach § 145 StGB und § 145 d StGB begangen haben, die Kosten für die Polizeieinsätze bezahlen?
7. Wie viele sogenannte Killerclownvideos hat die rheinland-pfälzische Polizei in sozialen Netzwerken/Internet löschen lassen?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. Dezember 2016 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Bislang wurden der Polizei in Rheinland-Pfalz insgesamt 105 Vorfälle mit sogenannten „Horrorclowns“ bekannt.

Ort	Anzahl der Vorfälle
Polizeipräsidium Mainz	
Albig	1
Alzey	3
Bad Kreuznach	3
Bingen	2
Dorn-Dürkheim	2
Eisenberg	1
Gau Algesheim	1
Mainz	3
Nackenheim	1
Nieder-Olm	1
Nierstein	1

Ort	Anzahl der Vorfälle
Polizeipräsidium Mainz	
Oppenheim	1
Sprendlingen	1
Stadecken-Elsheim	1
Worms	5
Polizeipräsidium Westpfalz	
Kaiserslautern	1
Landstuhl	1
Mohrlautern	1
Pirmasens	1
Rockenhausen	1

Ort	Anzahl der Vorfälle
Polizeipräsidium Koblenz	
Andernach	3
Bad Neuenahr-Ahrweiler	1
Bendorf	1
Burgbrohl	1
Diez	1
Insul	1
Koblenz	6
Lahnstein	1
Linz	2
Neuwied	3
Nister	1
Nürburg	2
Polizeipräsidium Rheinpfalz	
Bobenheim-Roxheim	2
Bockenheim	1
Böhl-Iggelheim	3
Frankenthal	7
Freinsheim	1
Haßloch	1
Landau	2
Ludwigshafen	11
Maxdorf	2
Neustadt an der Weinstraße	2
Schifferstadt	1
Speyer	1
Steinfeld	1
Wörth	1

Ort	Anzahl der Vorfälle
Polizeipräsidium Trier	
Bernkastel-Kues	1
Beurig	2
Birkenfeld	1
Idar-Oberstein	1
Longuich	1
Oberhambach	1
Rascheid	1
Saarburg	1
Thalfang	2
Trier	2
Wittlich-Wengerohr	1

In den überwiegenden Fällen wurde lediglich das Auftreten sogenannter „Horrorclowns“ mitgeteilt, ohne dass eine strafrechtliche Relevanz festgestellt werden konnte.

Zu Frage 2:

Insgesamt konnten im Rahmen polizeilicher Maßnahmen drei Personen als Tatverdächtige ermittelt werden, alle im Bereich des Polizeipräsidiums Rheinpfalz.

Zu Frage 3:

In keinem Fall wurde ein Haftbefehl beantragt.

Zu Frage 4:

Insgesamt wurden elf Strafanzeigen erstattet. Dabei handelte es sich um folgende Straftatbestände:

Straftatbestände	Anzahl
Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr	3
Bedrohung	2
Nötigung	1
Körperverletzung	3
Sachbeschädigung	1
Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	1

In zwei Fällen erfolgte die Erfassung einer Ordnungswidrigkeitenanzeige jeweils gemäß § 23 Abs. 1 StVO, Sichtbeeinträchtigung beim Führen von Fahrzeugen.

Zu Frage 5:

In einem Fall wurde eine Strafanzeige wegen Vortäuschens einer Straftat nach § 145 d StGB und wegen Missbrauchs von Notrufen gemäß § 145 StGB erfasst, da die Falschmeldung vorsätzlich erfolgte.

Zu Frage 6:

Im vorliegenden Fall wurden keine Kosten geltend gemacht. Bei dem Beschuldigten handelte es sich um eine mittellose Person, bei der die Eintreibung der Kosten vergeblich gewesen wäre.

Zu Frage 7:

Keine.

Roger Lewentz
Staatsminister

